

Ein kommunalpolitisches Konsumumentenprogramm.

In Deutschland und der Schweiz, sogar in Italien und Rußland sind die Städteverwaltungen zusammengetreten, um die durch den Krieg dringend gewordenen Approvisionierungsfragen zu beraten. Demnächst soll dies auch in Oesterreich geschehen. Die Bevölkerung hat dies eigentlich längst erwartet.

Im Deutschen Reiche besteht längst ein Zweckverband der Städte, dem sämtliche großen Gemeinde angehören und der während des ersten Kriegsjahres wiederholt in Fragen der Lebensmittelversorgung eingegriffen hat. Auch bei uns wurde vor einigen Jahren ein Anlauf zur Gründung eines derartigen allgemeinen Städteverbandes genommen; seither scheint diese große Zukunftsorganisation eingeschlafen zu sein. Nunmehr wäre es aber wünschenswert, daß sie der Krieg zum Leben erwecke. Ist doch die Approvisionierung, dieses Aschenbrödel unter den kommunalen Aufgaben, nunmehr in den Vordergrund des Gesamtinteresses gerückt, und weiter ist es heute schon sicher, daß auch der Abschluß des Krieges eine Abschwächung der Notwendigkeit städtischer Lebensmittelversorgung nicht bringen werde. Im Gegenteil! Die Rückkehr der Millionen, die heute im Felde stehen; die Einstellung mancher Fürsorgeaktionen, die zurzeit das Aergste hinterhalten; die Störungen in Industrie und Gewerbe, die vorerst die Produktion hemmen werden; die zu gewärtigende Erhöhung der Abgaben zur Deckung der Kriegskosten und anderes werden die Teuerung eher verschärfen als vermindern. Aus diesen und anderen Gründen, die in der durch den Krieg nur fühlbarer gewordenen Rückständigkeit der Landwirtschaft liegen, muß künftig mit mancherlei Erschwerungen der Lebensmittelbeschaffung und demgemäß mit Preissteigerungen gerechnet werden.

Dagegen können nicht nur, sondern müssen die Gemeinden einschreiten und die Interessen des Konsums ebenso in Schutz nehmen, wie sie bisher die von Handel und Gewerbe in Obhut hatten. Und gerade die Städte sind berufen, dies zu tun. Sie beherbergen vor allem jene Berufsgruppen, deren Glieder auf feste und höchst selten ausdehnbare Bezüge angewiesen und daher außerstande sind, die Kosten der verteuerten Lebenshaltung auf andere Klassen zu überwälzen. Diese Masse der Fixbeholdeten, die man geringschätzig die Konsumenten nennt, obgleich sie für die Produktion viel unentbehrlicher sind als diejenigen, die sich stolz zum privilegierten „Nährstand“ rechnen, all die Millionen Arbeiter, Angestellte, Privatbeamte und Staatsbedienstete, Lehrer, Ärzte, Juristen, Techniker u. s. w., sie haben nunmehr erkannt und erkennen immer mehr, daß die alte Manchesterlehre vom freien Spiel der Kräfte, die schon von so manchem Gebiet des Wirtschaftslebens verschwand oder doch Einschränkungen sich gefallen lassen mußte, auch auf den Lebensmittelmärkten nicht länger mehr geduldet werden kann.

In erster Linie gilt dies von der Preisbildung. Heute vollzieht sich diese entweder völlig ungehemmt, in wilden Sprüngen, die weder die Grenzen des Angebots noch die der Nachfrage beachten, rein spekulativ innerhalb der Sphäre des Zwischenhandels, lediglih um zu verdienen, ohne den eigentlichen Zweck der Güterverteilung zu fördern, geschweige denn zu erfüllen; oder aber einseitig gebunden durch Kartelle und verwandte Organisationen mit der ausschließlichen Wirkung der Hochschraubung der Preise, wobei der Staat durch die Zollgesetzgebung und andere Mittel werttätige Hilfe leiht. Das Streben nach Monopolpreisen wird zwar bei gewissen Bedarfsartikeln von der Staatsgewalt, soweit sie das Allgemeininteresse im Auge hat, nicht gern gesehen und Verabredungen über die Warenpreise sind ebenso wie Koalitionen wegen Lohnerhöhungen ohne rechtliche Wirkung; aber die Erfahrung hat gezeigt, wo der Staat die stärkere Gewalt zur Hinderung solcher Vereinbarungen anwendet, und die Geschichte der Kartelle, insbesondere in den letzten Jahren, lehrt auf jedem Blatte, daß ihm die Verteuerung der Waren weit weniger zuwider ist als die Verteuerung der Arbeitskraft, die doch wesentlich von jener bedingt wird.

Und doch gibt es eine Gruppe von Waren, deren Verteuerung sich unter Umständen als gemeinschädlich, ja, wie jetzt in Kriegszeiten, als gemeingefährlich erweisen kann: die Lebensmittel. Sie sind es, die nicht nur das weitaus wichtigste Produktionselement, die menschliche Arbeitskraft, verteuern, sondern die Träger derselben und damit die Grundlage der gesamten Volkswirtschaft in ihrer Existenz, mindestens in ihrer Leistungsfähigkeit bedrohen. Darum muß vor allem die Preisbildung der Lebensmittel unter staatliche Kontrolle gestellt werden. Mehr instinktiv als zielklar und zweckbewußt streben die von der Regierung getroffenen Maßnahmen dahin. Aber die Mittel, um das angestrebte Ziel zu erreichen, müssen vervollkommenet und auch für späterhin ausgestaltet werden; in die Gestaltung der Lebensmittelpreise muß Stabilität kommen, denn alle Klassen sind daran beteiligt, die Grundelemente der Produktionskosten mit einiger Sicherheit berechnen und einen möglichst langen Zeitraum bei der Warenakkulation anwenden zu können. Die Lebenshaltung darf nicht allzu raschen Ummälzungen ausgesetzt sein. Sie ist es bereits seit Jahren! Das, was gegenwärtig auf den Lebensmittelmärkten zu sehen ist, spielt sich, wenngleich nicht in so großem Umfang, auch in Friedenszeiten ab; nur daß die natürlichen Hemmungen der Preissteigerungen jetzt schwächer sind und diese daher schärfer zur Erscheinung kommen und schmerzlicher fühlbar werden.

Wie soll nun die staatliche Kontrolle der Preisbildung beschaffen sein? Auf welche Nahrungsmittel soll sie erstreckt werden? Die Märkte und Börsen deuten den Weg und die Methoden an. Heute geht die Preisbildung auf ihnen durchaus gegen die Konsumenten vor sich, obgleich mit der Zentralisation des Marktverkehrs ursprünglich der entgegengesetzte Zweck verfolgt wurde: die Preisbildung zu Gunsten der Konsumenten zu beeinflussen.

Eine Folge der heutigen Marktverhältnisse sind spekulative Preisänderungen unter den Produzenten, Händlern und Wiederverkäufern, die nur zu oft den Charakter von Preistreiberereien annehmen, ohne daß die Marktpolizei wirksam dagegen einschreiten könnte.

Daß die bei den Marktpreisen geltenden Vorschriften bei weitem nicht ausreichen, um den Konsum zu schützen, war schon vordem bekannt; die Lehren des Krieges sollten auch in dieser Beziehung nicht verlorengehen. Es genügt nicht, dafür zu sorgen, daß die Preise sichtbar, in leicht kontrollierbarer Weise dem Publikum verlaublich werden, eine Vorschrift, die längst in den Marktvorschriften der Gemeinden enthalten ist, aber selten beachtet wurde; auch das Verbot von Verabredungen reicht nicht aus, um die Käufer vor Ueberpreisen und Uebervorteilung zu schützen. Vielmehr ist es notwendig, daß die Preise, deren Festsetzung bislang ganz den Produzenten und Händlern überlassen blieb, unter Mitwirkung aller Interessenten bestimmt werden. Zu diesem Zwecke wären Preiskontrollkommissionen zu bilden, die von den Verkäufern, Konsumenten und städtischen Marktorganisationen gleichmäßig zusammengesetzt und unter Leitung eines staatlichen Funktionärs bei Berücksichtigung des tatsächlichen Angebots und der Nachfrage dafür zu sorgen hätten, daß alle die natürliche Preisbildung künstlich beeinflussenden Elemente von vornherein ausgeschaltet werden. Sicherlich wäre dies, im Anfang wenigstens, keine leichte Aufgabe. Das Geschrei der Warenverkäufer dürfte nicht gering sein, wenn eine Preisfestsetzung erfolgen würde, die ihnen zu wenig Gewinn verspricht. Dennoch wird das Problem der staatlichen Beeinflussung der Preisbildung, das ja jetzt bereits versucht wird, auch später mit vervollkommeneten Methoden in Angriff genommen werden müssen. Wenn die Spannung zwischen den Festsetzungskosten und Verkaufspreisen im Groß- und Kleinverkehr beim Zucker und anderen Artikeln amtlich festgesetzt werden kann: warum soll dies nicht auch bei Brot, Kartoffeln, Milch, Fleisch durchführbar sein? Ist dies erst auf den Großmärkten erreicht, dann kann auch derjenige Teil der Bevölkerung, der auf dem Detailmarkt oder beim Greisler und Detailhändler seinen Bedarf versorgt — und das ist der weitaus überwiegende Teil der Stadtbevölkerung —, also der eigentliche Konsument, des Schutzes der amtlichen Preisfestsetzung teilhaftig werden. Die Preisvorschriften brauchen ja nur auch für den gesamten Detailverkehr obligatorisch werden, ihre Einhaltung ist durch ihre volle Öffentlichkeit (Zeitungen, Maueranschläge) unschwer von jedem einzelnen Käufer zu kontrollieren. Heute hingegen — welche Anarchie auf den Märkten und im gesamten Lebensmittelverkehr!